Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6051**
14. Wahlperiode 16. 05. 2001

Antrag

der Abgeordneten Christine Ostrowski, Gerhard Jüttemann, Rolf Kutzmutz, Kersten Naumann, Roland Claus und der Fraktion der PDS

Maßnahme-Programm zum wohnungswirtschaftlichen Strukturwandel in den neuen Ländern vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich ein Maßnahme-Programm zur Umsetzung der Vorschläge der Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ vorzulegen.

Berlin, den 15. Mai 2001

Christine Ostrowski
Gerhard Jüttemann
Rolf Kutzmutz
Kersten Naumann
Roland Claus und Fraktion

Begründung

Zur Bewältigung der Leerstandsproblematik in den neuen Ländern setzte die Bundesregierung im Februar 2000 eine Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ ein. Nach den Worten des damaligen Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bestand das Ziel der „hochkarätigen Expertenkommission“ darin, bis zum Ende des Jahres 2000 „finanzierbare und den regionalen Gegebenheiten gerecht werdende Lösungsstrategien“ zu erarbeiten. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr- Bau und Wohnungswesen, Achim Großmann, erklärte auf dem GdW-Kongress am 20. März 2001 in Leipzig, „basierend auf den Empfehlungen der Expertenkommission müssen weitere Schritte zur Bewältigung der komplexen Ursachen für die Leerstände entschieden werden“. Bisher sind jedoch von Seiten der Bundesregierung – trotz wiederholter öffentlicher Ankündigungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, noch keine konkreten Schritte erfolgt.

Ausschlaggebend für die Berufung der Kommission – so die Bundesregierung – war die Erkenntnis, dass die Wohnungspolitik aufgrund der Komplexität der

Probleme auf eine gründliche Analyse angewiesen sei. Ziel war es, langfristig tragfähige Konzepte zu entwickeln, die den Problemen in den betroffenen Standorten gerecht werden. Dabei sollten wohnungswirtschaftliche, soziale und städtebauliche Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden.

Die Expertenkommission hat im November 2000 mit der Vorlage ihres Abschlussberichtes ihre Analyse vorgelegt. Ihr Bericht umfasst eine Analyse über die Ursachen der Wohnungsleerstände, eine aus der Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung begründete Prognose über die Entwicklung der Wohnungsleerstände (zweite Welle Wohnungsleerstand nach 2010), ein Bündel sofort einzuleitender Maßnahmen sowie eine langfristige „Schlüsselstrategie“ (massenhafte Wohneigentumsbildung im Bestand) zur dauerhaften Überwindung der Leerstandskrise.

Die PDS-Fraktion teilt die Realisierungsfähigkeit der massenhaften Wohneigentumsbildung im Bestand als Schlüsselstrategie zur dauerhaften Bewältigung der Leerstandsprobleme nicht, da sowohl die Erfahrungen mit der Mieterprivatisierung nach dem AHG dagegen sprechen, vor allem aber die desolate Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt auch mittel- und langfristig keine Stabilisierung der generellen Einkommenssituation einer Mehrzahl der Menschen erwarten lässt.

Unabhängig davon kommt die Expertenkommission aber zu einer Reihe von Sofortmaßnahmen, die sich inhaltlich mit jenen Vorschlägen decken, die die PDS-Fraktion bereits vor Aufnahme und während der Tätigkeit der Expertenkommission in den Deutschen Bundestag einbrachte, die aber bisher mehrheitlich abgelehnt wurden.

Seit Berufung der Expertenkommission ist nunmehr über ein Jahr verstrichen, in der sich der Wohnungsleerstand weiter erhöhte und in dem sich die Lage vieler Wohnungsunternehmen weiter verschlechterte, was sich in zunehmender Belastung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage, einer erheblichen Reduzierung des Eigenkapitals sowie Liquiditätsproblemen bis hin zu drohenden Insolvenzen ausdrückt.

Auch seit der Vorlage des Abschlussberichtes der Expertenkommission hat sich nichts an politischer Umsetzung bewegt, außer dass die Bundesregierung im Februar 2001 – drei Monate nach der Vorlage des Abschlussberichts der Kommission – eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einsetzte, die die Vorschläge der Expertenkommission beraten und bearbeiten sollte.

Dieser Zeitverzug ist unverantwortlich. Vor allem, da es zu einer Vielzahl der Vorschläge der Kommission den Verbänden der Wohnungswirtschaft, zwischen den Mieterverbänden sowie den neuen Ländern vom Grundsatz her Übereinstimmung und/oder keine unüberbrückbaren Gegensätze gibt und sich darüber hinaus eine Reihe dieser Maßnahmen mit jenen Vorschlägen deckt, die unabhängig von der Tätigkeit der Expertenkommission von Verbänden, Ländern, Wohnungsunternehmen und Opposition der politischen Öffentlichkeit lange unterbreitet wurden.

Ohne weitere Zeitverzögerung ist die Bundesregierung deshalb aufgefordert, ein Maßnahme-Programm zur Umsetzung der Vorschläge der Expertenkommission vorzulegen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333